

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 64. Sitzung vom 06. Mai 2010 zum Thema: Grundstücksentwicklung mit Augenmaß: Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liegenschaftspolitik ist seit 2001, seitdem es den Liegenschaftsfond gibt, Verkaufspolitik gewesen. Stadtentwicklung kam viel zu kurz. Das muss geändert werden.

[Beifall bei den Grünen]

Wir wollen Stadtentwicklung betreiben. Deshalb müssen wir eben nicht nur fiskalisch herangehen, sondern uns überlegen, was wichtig für diese Stadt ist. Was ist wichtig für Ortsteile, und was ist wichtig für die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen Berlins.

Die Koalition hat heute einen Antrag mit Vorschlägen eingebracht. Als ich die Kollegin Haußdörfer hier bei der Begründung hörte, dachte ich, die Kollegin hätte auch unseren Antrag, den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 16/2500, vor einem Jahr hier begründen können. Da haben wir einen Antrag eingebracht, der genau an der Linie, die uns hier heute präsentiert wird, argumentiert hat, der gesagt hat, wir müssen bei den Grundstücken Kategorien bilden, wir müssen genau überlegen, was Fachvermögen ist, wir müssen genau überlegen, was Vorrats- und was Gestaltungsvermögen ist, und wir müssen genau wissen, was wir ausschließlich unter den Bedingungen des Planungsrechts verkaufen.

Das haben wir hier vor einem Jahr auf den Tisch gelegt, und es freut die Opposition, es freut uns, dass sich das jetzt alles in einem Antrag der Koalition wiederfindet. Insofern Dank an die Koalition, dass Sie hierbei auf unsere Linie einschwenken – sage ich mal etwas unbescheiden.

Die Politik vor Ort – das ist uns sehr wichtig, und die Bezirke spielen da eine große Rolle – ist bei vielen Entscheidungen zu kurz gekommen. Es sind immer wieder Entscheidungen vom Liegenschaftsfonds und auch vom Steuerungsausschuss getroffen worden, wo die Bezirke überstimmt worden sind, obwohl manchmal vor Ort die Kenntnis darüber, was notwendig ist und welcher Investor dazu passt, viel größer ist. Das muss geändert werden. Wir brauchen den konkreten Bezug zu dem, was vor Ort gebraucht wird. Wir müssen genau gucken, wo eine Bevorratung wichtig ist, wo also z. B. in fünf oder zehn Jahren eine Schule, eine Kindereinrichtung, eine Kultureinrichtung oder ein Wirtschaftsunternehmen nötig sein kann. All das muss genau bedacht sein, und da sind wir unter dem Stichwort Grundstücksbevorratung ein ganzes Stück weitergekommen.

Sie haben in dem Koalitionsantrag Punkte ergänzt, die in unserem Papier noch nicht standen – zum Stichwort SILB, zum Stichwort Vermögen der Universitäten oder zum Stichwort Baugruppen. Letzteres haben wir immer unter Wohnpolitik gefasst. Bei den Baugruppen gibt es auch den Versuch der Senatsverwaltung, etwas im Festpreisverfahren zu machen. Aber – das muss man noch einmal konstatieren – dieses Verfahren ist bisher nicht erfolgreich gewesen. Das muss geändert werden, das muss besser werden. Es muss vor allem für die Leute, die sich dort bewerben, einfacher werden. Die müssen mit weniger Aufwand eine Chance haben, an diesem Verfahren teilzunehmen und dann unter Umständen zum Zuge zu kommen. Das war bisher nicht erfolgreich. Das muss man kritisch beleuchten.

[Beifall bei den Grünen]

Frau Matuschek! Sie haben zum Stichwort sozialer Wohnungsbau gesprochen und den Fanny-Hensel-Kiez als Stichwort genannt. Das ist ein dramatischer Fall. Aber vielleicht hilft dieser Fall. Vielleicht hilft er dem Senat zu verstehen, dass man im Einzelfall in entsprechenden Lagen auch mal Immobilien erwerben muss – Wohnimmobilien, sozialer Wohnungsbau. Ich nenne auch das Stichwort IBA-Bauten.

[Zuruf]

– Ja, Herr Wieland, Sie können dann auch noch! – Die sind in aller Regel in guter Lage. Da sind heute neue Investoren dran, und wenn die die Häuser erworben haben, dann erhöhen sie die Mieten Richtung Kostenmiete. Das haben wir jetzt im Fanny-Hensel-Kiez, und das haben wir auch in anderen Fällen. Ich gehe davon aus, dass das noch Einzelfälle sind. Aber da müssen wir eine Antwort finden. Unsere Fraktion hat schon mehrfach vorgeschlagen – wir haben auch vor ein paar Monaten einen entsprechenden Antrag eingebracht –: Bitte prüfen, sobald diese Insolvenzen bekannt werden! Bitte im Senat und bei der IBB prüfen, was man da machen kann und ob man diese Gebäude im Einzelfall erwerben muss!

[Beifall bei den Grünen]

Was haben wir davon? – Wir kriegen die Mieten heraus aus der Kostenmiete. Wir qualifizieren den landeseigenen Wohnungsbestand. Und als Drittes kann man sagen – bei den IBA-Bauten ist das so –: Wir retten vielleicht auch Gebäude vor Verunstaltung. Sie entsinnen sich sicherlich des Falles, wo eines dieser Gebäude, von einem interessanten und berühmten Architekten errichtet, jetzt radikal umgebaut werden sollte.

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Schlusssatz!

Andreas Otto (Grüne):

Komme ich, Herr Präsident! – So etwas kann man also verhindern. Meine Damen und Herren! Wir sind bereit, mit Ihnen zusammen einen Vorschlag zu formulieren. Auch die CDU hat Änderungen auf den Tisch gelegt. Das Ergebnis – das sei hier geäußert – sollte eine Beschlussvorlage des Senates an dieses Haus sein, damit wir wirklich einen Neustart machen und damit wir in Zukunft gemeinsam verantwortungsvoll Liegenschaftspolitik betreiben können. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei den Grünen]